

Stabile Demokratien in wirtschaftlich schweren Zeiten?

Studie im Auftrag von

Gemeinnützige Hertie-Stiftung

im Rahmen der „Hertie-Kommission Demokratie und Bildung“

Stabile Demokratien in wirtschaftlich schweren Zeiten?

Studie im Auftrag von

Gemeinnützige Hertie-Stiftung

im Rahmen der „Hertie-Kommission Demokratie und Bildung“

Autoren

Dr. Florian Dorn

David Gstrein

Dr. Florian Neumeier

Mai 2023

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik

Auftraggeber der Studie ist die Gemeinnützige Hertie-Stiftung im Rahmen der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung. Die Kommission erarbeitet Empfehlungen für Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zur Stärkung der Demokratie.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie die Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Kontakt:

Dr. Florian Dorn
Direktor EconPol Europe
Persönlicher Referent des Präsidenten am ifo Institut
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.
Telefon: 089/9224-1292
E-Mail: dorn@ifo.de

Dr. Florian Neumeier
Leiter der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik
am ifo Institut
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.
Telefon: 089/9224-1425
E-Mail: neumeier@ifo.de

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	I
Executive Summary.....	1
1 Einleitung	4
2 Wirtschaftliche Gründe für das Erstarren radikaler Strömungen.....	7
2.1 Wirtschaftliche Situation	7
2.2 Wirtschaftliche Unsicherheit	10
2.3 Wirtschaftliche Globalisierung und Strukturwandel.....	11
2.4 Wirtschafts- und Finanzkrisen	13
2.5 Migration und wirtschaftliche Unsicherheit	14
3 Erstarren radikaler Strömungen in Deutschland	17
4 Diskussion und Schlussfolgerungen	21
Literaturverzeichnis	24

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zweitstimmenanteil der AfD bei Bundes- und Landtagswahlen zwischen 2013 und 2021.....	18
Abbildung 2: Entwicklung der Armutsquote in den deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten.....	19

Executive Summary

Radikale Parteien und Populisten gewinnen in westlichen Demokratien seit einigen Jahren vermehrt an Zuspruch. Darin drückt sich ein Verlust an Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat aus, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Demokratien gefährdet. Sowohl in den Wirtschafts- als auch in den Sozial- und Politikwissenschaften gibt es zahlreiche Studien, die sich mit den Ursachen dieser Entwicklung befassen. Zu den häufigsten untersuchten theoretischen Erklärungen für diese Entwicklung zählen die These der kulturellen Gegenreaktion einiger Bevölkerungsgruppen gegen einen aus ihrer Sicht zu progressiven Wertewandel, einwanderungsfeindliche und nationalistische Einstellungen als Reaktion auf zunehmende Migrationsströme und gegen einen „Elite-gesteuerten“ Prozess europäischer Integration, aber auch ökonomische Ursachen wie wirtschaftliche Unsicherheit infolge von strukturellen Transformationsprozessen und Krisen.

Studien, die die Auswirkungen wirtschaftlicher Faktoren untersuchen, zeigen, dass diese einen großen Einfluss haben sowohl auf die Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen als auch auf die Zustimmung zu populistischen und extremistischen Bewegungen und Parteien. Insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften werden dabei Methoden verwendet, die für andere Einflussfaktoren statistisch kontrollieren und den Schluss nahelegen, dass es sich um kausale Zusammenhänge handelt: Je besser (schlechter) die wirtschaftliche Situation, desto geringer (größer) der Zuspruch zu populistischen und extremistischen Bewegungen. In wirtschaftlich schweren Zeiten ist die politische Stabilität in Demokratien unter größerem Druck. Für das Wahlverhalten sind dabei sowohl die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch die eigene wirtschaftliche Situation und Unsicherheit bedeutend.

Zu den wichtigsten wirtschaftlichen Ereignissen, die das Erstarken von Populisten sowie radikaler Bewegungen und Parteien begünstigen, zählen neben Wirtschafts- und Finanzkrisen auch eine (zunehmende) Ungleichverteilung der Einkommen sowie Auswirkungen strukturellen Wandels und wirtschaftlicher Globalisierung. So zeigen verschiedene Studien eindeutig, dass radikale Strömungen insbesondere in wirtschaftlich unsicheren Krisenzeiten und unter den Verlierern der Globalisierung großen Zuspruch erhalten. Protektionistische Botschaften, wie sie insbesondere von nationalistischen Gruppierungen gesendet werden, scheinen bei den Betroffenen daher besonderen Anklang zu finden. Das Erstarken der radikalen Parteien wirkt sich dabei vor allem in den Regionen aus, die von strukturellen Veränderungen negativ betroffen sind und die im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes mehr und mehr abgehängt werden. In diesen Regionen sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen und etablierte Parteien besonders stark.

Es sind aber nicht nur die Einkommensschwachen Wählergruppen deren Vertrauen sinkt und die zunehmend radikale und populistische Parteien unterstützen. Der Zuspruch für Populisten und

radikale Ansichten nimmt in betroffenen Regionen über alle Einkommensgruppen hinweg zu. Dies kann bspw. auch erklären, warum sich in Deutschland die sozio-ökonomischen Merkmale von Wählerinnen und Wählern der AfD nicht besonders stark von denen etablierter Parteien der Mitte unterscheiden.

Auch zunehmende Migrationsströme werden häufig als wichtige Erklärung für das Erstarken von Populisten und insbesondere nationalistischer Gruppierungen angeführt. Nationalistische und rechtspopulistische Parteien versuchen mit ihren Botschaften zur Migrationspolitik und über die Immigration aus dem Ausland auf mögliche Unsicherheiten und Ängste der Wähler abzielen. In der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachliteratur zeichnet sich hingegen kein eindeutiges Bild ab, was den Zusammenhang zwischen Migration und der Popularität insbesondere nationalistischer Bewegungen angeht. Während einige Studien einen positiven Effekt von Migration auf die Popularität nationalistischer Parteien finden, insbesondere wenn es um weniger gebildete Immigranten aus anderen Kulturkreisen geht, dokumentieren andere Studien sogar einen negativen Zusammenhang. Dies legt den Schluss nahe, dass der Zusammenhang zwischen Migration und dem Zuspruch, den Populisten sowie radikale Parteien erhalten, vom jeweiligen Kontext abhängig ist. Die höhere Ablehnung von Migration kann auch mit ökonomischer Unsicherheit und wirtschaftlichen Faktoren zusammenhängen.

Welche Lehren lassen sich aus diesen Ergebnissen ziehen? Grundsätzlich zeigt die Literatur, dass ökonomische Entwicklungen den Erfolg populistischer Parteien stark beeinflussen können. Je größer die Kluft zwischen Arm und Reich, je stärker Regionen im nationalen Vergleich abgehängt werden und je schlechter ihre (wirtschaftliche) Perspektive ist, und je größer die wirtschaftlichen Sorgen und Zukunftsängste, desto größer ist auch der Nährboden für radikale Strömungen und ihren populistischen Botschaften. Insbesondere die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und das Zurückfallen einzelner Gebiete scheint eine wichtige Rolle zu spielen. Auch die Auswirkungen der Globalisierung und von Wirtschaftskrisen sind gut dokumentiert. Insbesondere zeigt sich, dass in einigen Fällen Individuen, die selbst nicht von einem regionalen ökonomischen Schock betroffen sind, trotzdem ihre politischen Einstellungen ändern. In vielen Fällen folgt auf ökonomische Schocks auch ein Vertrauensverlust in die Regierung, in etablierte politische Parteien oder das demokratische System insgesamt. Das bietet den Nährboden für populistische und demokratiefeindliche Parteien.

Um dem Erstarken populistischer und demokratiegefährdender Bewegungen entgegenzutreten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken, ist es daher wichtig, dass der Staat versucht alle mitzunehmen, für einen hinreichenden sozialen Ausgleich sorgt und in allen Regionen Chancen und Zukunftsperspektiven bietet. Insbesondere in wirtschaftlichen Krisen ist es wichtig, dass der Staat mit sozialen Ausgleichsmechanismen aktiv die negativen Folgen für die Betroffenen abfedert. Auf diese Weise wird die wirtschaftliche Unsicherheit reduziert und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie und ihren Institutionen gestärkt. Um

die Demokratie, den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Resilienz zu stärken, können gerade auch den Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft eine besondere Rolle zu kommen. Vor allem durch die Weiterentwicklung im Bildung- und Ausbildungssystem können Personen einerseits besser für schnelle Veränderungen und ökonomische Schocks gerüstet werden, und andererseits auch gegenüber den Botschaften von Populisten und Demokratiefeindlicher Strömungen sensibilisiert werden.

Eine besondere Bedeutung scheint zudem eine effektive Struktur- und Wirtschaftspolitik in abgehängten und strukturschwachen Regionen zu haben, da sich dort ohne spürbare Verbesserungen und glaubhafte Zukunftsaussichten ein besonders starker Nährboden für radikale Ansichten entwickeln kann. Umso wichtiger scheint es, von strukturellem und digitalem Wandel betroffene Menschen und Regionen von Anfang an aktiv mitzunehmen und mit wirksamen Maßnahmen in ihrer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und Transformation zu unterstützen.

1 Einleitung

In den letzten Jahren haben autoritäre Strömungen, radikale Parteien und Populisten in westlichen Demokratien an Zuspruch gewonnen. Die sich damit abzeichnende Vertrauenskrise zwischen Staat und den Bürgerinnen und Bürgern gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und setzt die (liberale) Demokratie unter Druck. Zu bekannten Beispielen dieser Entwicklung zählen in den jüngsten Jahren die Präsidentschaft von Donald Trump und die zunehmende politische Polarisierung in den Vereinigten Staaten sowie die Wahlerfolge von Marine Le Pen und der Partei *Rassemblement National* in Frankreich, der rechtsradikalen *Schwedendemokraten* in Schweden und populistischer Bewegungen wie die *5-Sterne* und post-faschistischer Parteien wie die *Lega* oder der *Fratelli d'Italia* unter der Regierungschefin Giorgia Meloni in Italien. Auch Wahlerfolge von Parteien wie *Podemos* in Spanien oder *Syriza* in Griechenland, sowie das Votum zum *Brexit* im Vereinigten Königreich werden als Konsequenz dieser Entwicklung in westlichen Demokratien eingeordnet. In Deutschland wurde die Zustimmung zu populistischen und radikalen Parteien zunächst durch die Wahlerfolge der Linken und insbesondere durch das Erstarken der als rechtspopulistisch und nationalistisch eingeordneten Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) sichtbar.

Was zeichnet diesen Populismus und radikalisierte Parteien aus, die die politische Stabilität von liberalen Demokratien gefährden? Eine ausführliche Literatur in der Politikwissenschaft befasst sich mit der Definition von Populismus sowie mit populistischen und radikalen Parteien. Während Populismus in der politikwissenschaftlichen Literatur vielmehr den „politischen Stil“ als Phänomen beschreibt (Moffitt, 2016; Jagers & Walgrave, 2007), muss von diesem der Begriff des Extremismus abgegrenzt werden. Politischer Extremismus, den radikale Parteien durch ihre politischen Ziele und Programmatik verfolgen, zeichnet sich durch die Ablehnung der liberalen Grundordnung und des demokratischen Verfassungsstaats ab (vgl. Jesse & Panreck, 2017). Radikale Parteien nutzen hierfür zunehmend die Stilmittel und rhetorischen Mittel des Populismus, um sich als wahre Vertreter des Volkes zu gebahren und die demokratische Grundordnung infrage zu stellen. Eine der bekanntesten und einflussreichsten Definitionen zu Populismus stammt dabei von Cas Mudde (Mudde, 2004, 2007; Mudde & Rovira Kaltwasser, 2017). Nach dieser Definition ist das zentrale Element des Populismus eine scharfe Abgrenzung zwischen den einfachen Leuten und einer propagierten korrupten Elite. Essenziell ist also eine starke Ablehnung traditioneller Eliten und die Überzeugung, dass die einzige legitime, moralische Autorität „das Volk“ ist. Die Annahme des Antagonismus zwischen Volk und Elite als zentrales Wesensmerkmal und politisches Stilmittel des Populismus ist unter Populismusforschern weitgehender Konsens (vgl. Moffitt, 2016; Müller, 2016; Jagers & Walgrave, 2007). Spezielle (wirtschafts-)politische Ziele definieren den Populismus an sich demnach jedoch nicht. Müller (2016) ergänzt die Definition zum Populismus um einen Fokus auf Identitätspolitik, in der Populisten ihre Position mit der aus ihrer Sicht homogenen Volkswillen verknüpfen. Die Abgrenzung der Gruppen basiert daher häufig auf

Merkmale wie Ethnie, Religion oder Staatsbürgerschaft. In anderen Definitionen nimmt auch noch Autoritarismus eine zentralere Rolle ein (Norris & Inglehart, 2019). Insgesamt ist der Populismus also nicht unbedingt eine Ideologie mit klaren Überzeugungen oder politischen Forderungen, sondern eher eine Theorie der Gesellschaft (Bonikowski et al., 2019). Extremisten und radikale Parteien nutzen dabei die Stilmittel des Populismus, um zunächst sich als Vertreter des „Volkes“ gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Elite zu positionieren und dabei leichter ihre Ideologie und politischen Botschaften zu transportieren.

Politische Empfehlungen zu Maßnahmen gegen wachsende demokratische Instabilität durch den zunehmenden Zuspruch von populistischen Thesen radikaler Parteien in westlichen Demokratien, sollten auf einem fundierten Verständnis der Ursachen des schwindenden Demokratieverständnisses aufbauen. Was aber erklärt diese gestiegene Zustimmung zu radikalen Parteien und Strömungen? Oft wird die Zustimmung zu rechtspopulistischen Thesen als Reaktion auf die wachsenden Migrationsströme aus anderen Kulturkreisen, die in der Bevölkerung auf einwanderungsfeindliche Einstellungen trifft, interpretiert und mit einem „Elite-gesteuerten“ Prozess europäischer Integration in Verbindung gebracht (u.a., Halla et al., 2017; Algan et al., 2017; Ruzza, 2018; Edo et al., 2019). Als Erklärung wird oft auch die These der kulturellen Gegenreaktion angeführt, die besagt, dass die Unterstützung als eine Rückreaktion einstmals dominanter Bevölkerungsgruppen auf den aus ihrer Sicht zu progressiven Wertewandel erklärt werden kann (Inglehart & Norris, 2017; Norris & Inglehart, 2019). Grundsätzlich können viele Faktoren wie beispielsweise auch hohe Veränderungsgeschwindigkeiten, digitaler Wandel, Individualisierung und Verlust des demokratischen Raums, Globalisierung und Migration, aber auch ökonomische Ursachen wie wirtschaftliche Unsicherheit infolge von strukturellen Transformationsprozessen und Krisen eine Rolle spielen.

Dieser Beitrag fasst zusammen, inwieweit ökonomische Ursachen zu dieser Entwicklung beitragen. Dazu wird die internationale Fachliteratur ausgewertet und ausführlich aufgeführt, welche Rolle ökonomische Entwicklungen und Rahmenbedingungen für das Aufkommen autoritärer Strömungen und der demokratischen Vertrauenskrise hat. Die ökonomische Fachliteratur hat sich insbesondere mit den politischen Effekten der folgenden wirtschaftlichen Entwicklungen beschäftigt:

- Allgemeine und eigene wirtschaftliche Situation
- Ungleichheit und Armut
- Wirtschaftliche Unsicherheit
- Wirtschafts- und Finanzkrisen
- Ökonomische Globalisierung und Strukturwandel
- Migration und wirtschaftliche Unsicherheit

In Abschnitt 2 fasst die Studie die Erkenntnisse zu den wirtschaftlichen Ursachen aus der Fachliteratur zusammen. Dabei werden sowohl die Effekte auf die Unterstützung für radikale Parteien und Populisten, als auch die Effekte auf das Vertrauen in die Politik und das demokratische System diskutiert. Dadurch kann ein evidenzbasiertes und umfassendes Bild der Auswirkungen ökonomischer Faktoren auf die Stabilität der Demokratie erstellt werden. Zur Veranschaulichung werden in Abschnitt 3 im Rahmen der Kurzstudie auch die ökonomischen und politischen Entwicklungen in Deutschland deskriptiv dargestellt. Die Studie endet mit einem Fazit und politischen Schlussfolgerungen.

2 Wirtschaftliche Gründe für das Erstarken radikaler Strömungen

Studien, die den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Bedingungen auf der einen Seite und politischen Einstellungen auf der anderen Seite untersuchen, haben sowohl in den Politikwissenschaften als auch in den Wirtschaftswissenschaften eine lange Tradition. Die Mehrheit dieser Arbeiten kommt zu dem Schluss, dass die wirtschaftlichen Bedingungen einen bedeutenden Einfluss unter anderem darauf haben, wie zufrieden die Menschen mit den politischen Institutionen sind und welche Parteien sie wählen.

Auch im Hinblick auf die seit einigen Jahren zunehmende Polarisierung von Politik und Gesellschaft sowie die wachsende Popularität nationalistischer Bewegungen und Parteien haben zahlreiche Forschungsarbeiten die Rolle von ökonomischen Faktoren in den Blick genommen. Als wichtige Ursachen konnten dabei vor allem die Auswirkungen von Wirtschafts- und Finanzkrisen, der wirtschaftlichen Globalisierung, wachsende ökonomische Unsicherheit sowie eine zunehmende Ungleichverteilung verfügbarer ökonomischer Ressourcen identifiziert werden.¹

2.1 Wirtschaftliche Situation

In der Literatur über den Einfluss der wirtschaftlichen Situation auf politische Präferenzen gibt es zwei Ebenen. Die erste Ebene befasst sich mit dem Einfluss makroökonomischer Entwicklungen auf das Wahlverhalten. Diese Entwicklungen umfassen meistens das wirtschaftliche Wachstum (BIP), die Arbeitslosenquote oder verschiedene Ungleichheitsmaße. Die zweite Ebene befasst sich mit dem Einfluss der individuellen ökonomischen Situation auf die Wahlentscheidungen. Dabei werden beispielsweise die Entwicklung des eigenen Einkommens oder ein Arbeitsplatzverlust berücksichtigt, ebenso aber auch die relative Position in der Einkommensverteilung.

Mit dem Einfluss der makroökonomischen Lage befasst sich insbesondere die Literatur über „Retrospective Voting“ (Rückblickendes Wählen). Diese Literatur hat eine lange Tradition und es gibt dazu bereits einige Literaturüberblicke (Healy & Malhotra, 2013; Lewis-Beck & Stegmaier, 2000; Stegmaier & Lewis-Beck, 2013). Diese Literatur dokumentiert robuste Korrelationen zwischen makroökonomischen Indikatoren und Wahlergebnissen. Niedrigeres Wirtschaftswachstum, höhere Arbeitslosigkeit oder Inflation gehen mit schlechteren Wahlergebnissen für die amtierende(n) Partei(en) bzw. die Amtsinhaber einher. Die Studienergebnisse zeigen auch, dass nicht nur die tatsächliche ökonomische Entwicklung eine Rolle spielt, sondern auch die (teilweise abweichende) eigene Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger zur makroökonomischen Lage.

¹ Einen Überblick von Forschungsergebnissen liefern auch Margalit (2019) und Guriev & Papaioannou (2022).

Die Forschung in diesem Bereich befasst sich besonders mit etablierten Parteien und erlaubt daher weniger direkte Rückschlüsse zum Erfolg populistischer und radikaler Parteien. Aktuellere Studien für Europa zeigen aber auch, dass insbesondere radikalere Parteien von Wirtschaftskrisen profitieren (Algan et al., 2017; Funke et al., 2016; Mian et al., 2014). Algan et al. (2017) dokumentieren robuste Zusammenhänge zwischen steigender Arbeitslosigkeit und der Unterstützung für populistische Parteien in Europa. Außerdem sinkt auch das Vertrauen in die nationalen und europäischen politischen Institutionen. Lechler (2019) und Dijkstra et al. (2020) dokumentieren ebenfalls einen Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit und stärkerer Ablehnung gegenüber der EU. Die Literatur zu den Auswirkungen von Finanz- und Wirtschaftskrisen beschreiben wir detailliert in Kapitel 2.4.

Neuere Studien befassen sich auch mit dem Einfluss der Entwicklung von (Einkommens-)Ungleichheit. Diese Literatur beschreibt insbesondere robuste Zusammenhänge zwischen höherer Ungleichheit und zunehmender politischer Polarisierung in den Vereinigten Staaten (Duca & Saving, 2016; Garand, 2010; Poole et al., 2016; Voorheis et al., 2015). Auch in Europa spielt Ungleichheit eine Rolle, aber die genauen Effekte variieren. Winkler (2019) dokumentiert einen positiven Zusammenhang zwischen Ungleichheit und steigender Unterstützung für linke Parteien. Dorn et al. (2020) und Engler & Weisstanner (2020) finden hingegen einen positiven Effekt von wachsender Ungleichheit auf rechtsradikale Parteien. Die Ergebnisse von Dorn et al. (2020) zeigen in ihrer Studie für Deutschland jedoch, dass sich die Effekte regional und je nach Definition der berücksichtigten radikalen Parteien unterscheiden. So profitieren neben der radikalen Rechten beispielsweise auch linksextremistische Parteien von wachsender regionaler wirtschaftlicher Ungleichheit. Während die Partei *die Linke* nur in westdeutschen Regionen von zunehmender Ungleichheit profitiert, kann vor allem die radikale Rechte, insbesondere die AfD, in Ostdeutschland hinzugewinnen. Der genaue Effekt von Ungleichheit könnte also vom politischen Umfeld und anderen kontextuellen Faktoren abhängen. Diese Faktoren können beispielsweise von der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung abhängen, aber auch von den individuellen Erfahrungen der betroffenen Wählergruppen. Roth & Wohlfart (2018) finden beispielsweise, dass Personen, die selbst höhere Ungleichheit erlebt haben, Umverteilung eher ablehnen und linke Parteien seltener unterstützen.

Die zweite Ebene der Literatur zu den Auswirkungen der wirtschaftlichen Situation auf die Wahlabsichten befasst sich mit dem Einfluss der individuellen ökonomischen Lage. Stegmaier & Lewis-Beck (2013) finden in ihrer Literaturzusammenfassung, dass der Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Lage grundsätzlich deutlich höher ist als der Einfluss der individuellen Lage. Dies scheint auch auf den Erfolg radikaler Parteien zuzutreffen. Dorn et al. (2023) zeigen in ihrer erweiterten Studie, dass in wirtschaftlich abgehängten Regionen in Deutschland der Zuspruch für radikale Parteien, die Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Vertrauensverlust in das politische System und etablierte Parteien über alle Einkommensgruppen steigt.

Andere Studien finden aber durchaus starke Effekte der individuellen wirtschaftlichen Situation auf Wahlabsichten. Margalit (2013) zeigt, dass persönliche Arbeitslosigkeitserfahrungen während der großen Rezession zu mehr Unterstützung für Umverteilung führten. Dieser Effekt verschwindet jedoch, sobald sich die persönliche Beschäftigungssituation wieder verbessert. O'Grady (2019) und Alesina & La Ferrara (2005) zeigen ebenfalls, dass Präferenzen für Umverteilung von sozioökonomischen Faktoren abhängen. Gethin et al. (2022) dokumentieren wie sich diese Zusammenhänge in 21 westlichen Demokratien über die Zeit verändert haben. In den 1950er und 1960er Jahren war die Unterstützung für linke Parteien noch unter Menschen mit niedrigerem Einkommen und niedrigerer Bildung konzentriert. Seitdem haben sich diese Korrelationen gewandelt. In den 2010er Jahren ist höhere Bildung mit Unterstützung für Parteien links der Mitte assoziiert, während hohes Einkommen immer noch eher mit Parteien rechts der Mitte korreliert. Dadurch haben sich die politischen Effekte von Einkommen und Bildung entkoppelt. Diese Ergebnisse zeigen zwar, dass die individuelle wirtschaftliche Situation die Wahlpräferenzen beeinflussen, nicht aber, dass dies auch den Erfolg radikaler Parteien beeinflusst. Foster & Frieden (2017) dokumentieren jedoch einen Zusammenhang zwischen der Bildung von Personen und ihrem Vertrauen in die Regierungen in Europa. Dustmann et al. (2017a) finden ebenfalls, dass ältere und weniger gebildete Menschen geringeres Vertrauen in europäische Institutionen haben.

Speziell für Deutschland gibt es ebenfalls Analysen zu Korrelationen zwischen sozioökonomischen Merkmalen und politischen Einstellungen mit einem speziellen Fokus auf die AfD. Mehrere Studien zeigen, dass sich die sozio-ökonomischen Merkmale von AfD Wählern nicht stark von anderen Parteien unterscheiden (Bergmann et al., 2017; Hansen & Olsen, 2019; Schröder, 2018). Tendenziell haben AfD Wähler ein niedrigeres Einkommen als Wähler anderer Parteien, aber es gibt keine signifikanten Unterschiede in ihrer Bildung oder Arbeitslosigkeit (Hansen & Olsen, 2019; Schröder, 2018). Am stärksten unterscheiden sich die AfD-Wähler in ihren Einstellungen zur Migration und ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland von den Wählern etablierter Parteien. Auf Basis anderer Umfragedaten findet Lux (2018) jedoch durchaus Unterschiede zwischen AfD Wählern und Wählern etablierter Parteien in Bezug auf Einkommen, Arbeitslosigkeit und Bildung. Dennoch wird auch in dieser Studie die AfD, wie die anderen deutschen Parteien, von Wählern aus der Mittelschicht dominiert. Für Deutschland ist also nicht eindeutig geklärt, inwieweit sich AfD Wähler in ihren ökonomischen Eigenschaften von anderen Wählern unterscheiden. Das bedeutet zwar nicht, dass individuelle ökonomische Faktoren unwichtig sind. Dorn et al. (2020) zeigen jedoch, dass insbesondere die regionalen wirtschaftlichen Unterschiede eine große Rolle bei der Erklärung des Erfolgs der AfD einen starken Einfluss haben. Dass insbesondere makroökonomische oder regionale Entwicklungen eine Rolle spielen, wird auch in Kapitel 2.3 und 2.4 weiter ausgeführt. Kapitel 3 beschreibt zudem nochmals ausführlicher die Entwicklung und die Auswirkungen in Deutschland.

2.2 Wirtschaftliche Unsicherheit

Das vorherige Kapitel befasste sich hauptsächlich mit objektiven ökonomischen Merkmalen wie Einkommen oder Arbeitslosigkeit. Für politische Einstellungen können aber auch andere Aspekte eine Rolle spielen. Beispielsweise kann die Angst vor einem Jobverlust politische Entscheidungen mitbeeinflussen, auch wenn dieser Jobverlust (noch) nicht eingetreten ist. Außerdem können individuelle Wahrnehmungen von ökonomischen Risiken von objektiven Entwicklungen abweichen. In der Fachliteratur werden diese ökonomischen Risiken und deren Wahrnehmung häufig unter wirtschaftlicher Unsicherheit zusammengefasst. Eine wichtige Rolle in der Literatur spielt auch die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems, da es die Folgen der ökonomischen Risiken abmildert und damit wirtschaftliche Unsicherheit reduzieren kann.

Guiso et al. (2019) berücksichtigen in ihrer Analyse von Umfragedaten drei Arten von wirtschaftlicher Unsicherheit:

- a. Können die Befragten von ihrem gegenwärtigen Einkommen leben (Skala 1 bis 5)?
- b. Waren die Befragten in den letzten fünf Jahren arbeitslos?
- c. Inwieweit ist der Beruf des Befragten von der Globalisierung betroffen (Indikator)?

Guiso et al. (2019) finden dabei in ihrer Untersuchung für 31 europäische Länder, dass steigende ökonomische Unsicherheit mit höherer Unterstützung für populistische Parteien korreliert. Steigende Unsicherheit erhöht auch die Wahrscheinlichkeit nicht zu wählen, insbesondere unter ehemaligen Wählern der nicht-populistischen Parteien. Ökonomische Unsicherheit korreliert dabei auch mit niedrigerem Vertrauen in die (etablierten) politischen Parteien allgemein und höherer Ablehnung von Migration.

Dal Bó et al. (2018) analysieren die Folgen von Kürzungen im sozialen Sicherungssystem in Schweden. Diese Reformen erhöhten die wirtschaftliche Unsicherheit, da sie die Absicherung bei Jobverlusten reduzierten. Nach der Finanzkrise 2008 stieg die Arbeitslosigkeit stark an und die rechtspopulistischen Schwedendemokraten gewannen an Unterstützung. Die Unterstützung stieg besonders in Regionen, die von den Reformen und der Finanzkrise besonders stark betroffen waren. Dal Bó et al. (2018) dokumentieren auch, dass unter den Politikern der Schwedendemokraten Personen mit niedrigerem Einkommen und höherer Job-Unsicherheit überrepräsentiert sind. Das zeigt, dass ökonomische Schocks nicht nur die Nachfrage für populistische Parteien erhöhen, sondern potenziell auch das Angebot von Populisten und Kandidaten von radikalen Parteien.

In der Fachliteratur wird dokumentiert, dass Abstiegsängste und wirtschaftliche Unsicherheit vor allem bei weniger gebildeten Arbeitskräften und Angehörigen der „alten“ Mittelschicht zu finden sind (u.a., Rydgren, 2007; Dal Bó et al., 2018; Inglehart and Norris, 2017). Wirtschaftliche

Unsicherheit hängt oftmals auch mit den Erfahrungen einer Wirtschafts- und Finanzkrise sowie eines strukturellen Transformationsprozesses und den Auswirkungen der Globalisierung zusammen. Studienergebnisse dazu werden in den Abschnitten 2.3 und 2.4 ausführlicher diskutiert.

2.3 Wirtschaftliche Globalisierung und Strukturwandel

Lange Zeit ging man in den Wirtschaftswissenschaften davon aus, dass sich die wirtschaftlich Benachteiligten vor allem linken Parteien zuwenden, da diese für eine Politik der Umverteilung und des sozialen Ausgleichs stehen (Romer, 1975; Meltzer and Richard, 1981). Tatsächlich sind es derzeit jedoch vor allem nationalistische und rechtspopulistische Parteien, die in wirtschaftlich angespannten Zeiten einen besonders großen Zulauf erhalten. Hierfür gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze. Aggeborn and Persson (2017) argumentieren, dass dies vor allem damit zu tun hat, dass nationalistische Parteien einen besonderen Fokus auf Politikbereiche legen, die der heimischen Bevölkerung nutzen. Linke Parteien seien dagegen tendenziell auch bereit, zur Finanzierung „globaler“ Güter und Leistungen beizutragen, aus der die heimische Bevölkerung keinen unmittelbaren Nutzen zieht, wie beispielsweise Entwicklungshilfe oder Klimaschutz. Antràs et al. (2017) und Sinn (2003) weisen darauf hin, dass die Möglichkeiten zur Umverteilung in einer globalisierten (Wirtschafts-)Welt begrenzt sind, da Steuererhöhungen die Gefahr einer Kapitalflucht bergen. In einer offenen Volkswirtschaft können dem Sozialstaat daher die Hände gebunden sein, wenn es darum geht, die Verlierer der Globalisierung zu kompensieren. Aus diesem Grund sind protektionistische Botschaften, wie sie insbesondere von nationalistischen Parteien gesendet werden, besonders populär.

Deshalb ist es auch natürlich, dass sich die Fachliteratur intensiv mit den Auswirkungen der Globalisierung auf das Wahlverhalten beschäftigt hat. Insbesondere hat sich die Literatur mit den Auswirkungen des internationalen Handels beschäftigt. Regionen innerhalb eines Landes oder der Europäischen Union sind aufgrund der industriellen Struktur ganz unterschiedlich von internationalem Wettbewerb und ausländischer Konkurrenz betroffen. Deshalb unterscheiden sich auch die Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt stark innerhalb eines Landes. Somit können Effekte der Globalisierung auf den Zuspruch radikaler Parteien auch zwischen stärker und weniger stark betroffene Regionen verglichen werden.

Dieser Ansatz wurde in mehreren Studien auf verschiedene Länder angewandt. Autor et al. (2013) zeigen für die Vereinigten Staaten, dass in Regionen mit stärkerer Betroffenheit von Importkonkurrenz und Handel mit China dort zu niedrigerer Beschäftigung und niedrigeren Löhnen führt. In einer späteren Arbeit zeigen Autor et al. (2020), dass diese besonderes betroffenen Regionen zwischen 2000 und 2016 auch eine stärkere politische Polarisierung aufweisen. Beispielsweise sind in diesen Regionen Beiträge an politische Kampagnen für radikalere Kandidaten und Gruppierungen angestiegen. Von der stärkeren politischen Polarisierung haben am stärksten konservative Republikaner profitiert, insbesondere in Gebieten mit weißer Mehrheitsbevölkerung.

Regionen, die keine weiße Mehrheitsbevölkerung haben, aber vom internationalen Handel betroffen waren, tendierten in der Studie von Autor et al (2020) hingegen eher zu liberalen Demokraten. Insgesamt kann aus der Analyse festgehalten werden, dass die Betroffenheit durch den internationalen Handel und die Importkonkurrenz aus China auch einen substantziellen Effekt auf den Wahlerfolg von Donald Trump hatte.

Ähnliche Ergebnisse gibt es auch für andere Länder. Colantone & Stanig (2018a) zeigen, dass stärkere Betroffenheit von Regionen durch die Globalisierung die Unterstützung im Vereinigten Königreich für das Brexit Referendum erhöht hat. Sie zeigen auch, dass der Effekt sich nicht auf Beschäftigte in den betroffenen Branchen beschränkt, sondern regionale ökonomische Schocks allgemein zu mehr Unterstützung für den Ausstieg aus der Europäischen Union führen. Colantone & Stanig (2018c) wiederholen eine ähnliche Analyse für 15 westeuropäische Länder und finden abermals ähnliche Ergebnisse. Stärkere Betroffenheit von internationalem Wettbewerb führte in den betroffenen Regionen zu mehr Unterstützung für rechtsradikale und nationalistische Parteien. Auch für Italien (Barone & Kreuter, 2021; Caselli et al., 2020) und Frankreich (Malgouyres, 2017) gibt es Studien mit ähnlichen Ergebnissen. Colantone & Stanig (2018b) zeigen außerdem, dass die ökonomischen Schocks auch kulturelle Einstellungen zu Migration, zur Demokratie oder zu starken Anführern beeinflussen.

Für Deutschland untersucht Dippel et al. (2022) den Zusammenhang zwischen Handel mit Niedriglohnländern und Wahlverhalten in den betroffenen Regionen des Landes. Sie finden, dass stärkere Betroffenheit der Region durch Importwettbewerb dort zu höherer Unterstützung für nationalistische Parteien (insbesondere für die AfD) führt. Sie zeigen jedoch auch, dass höhere Exporte einer Region die umgekehrte Wirkung haben können. Die Effekte der Globalisierung gehen also nicht zwangsläufig nur in eine Richtung, sondern die Wähler scheinen durchaus zu unterscheiden ob ihre Arbeitsplätze und ihr Einkommen von der Globalisierung mit einer starken Exportwirtschaft abhängen. Auf Basis von individuellen Daten zeigen Dippel et al. (2022) auch, dass sich besonders Personen mit niedriger Bildung im verarbeitenden Gewerbe den nationalistischen Parteien zuwenden.

Insgesamt zeigt die Literatur, dass negative ökonomische Schocks ausgelöst durch strukturellen Wandel und Wettbewerb durch Globalisierung die Unterstützung für populistische Parteien erhöhen können. Inwieweit es eher die durch den Globalisierungsschock verursachte schlechte ökonomische Situation der Region oder des einzelnen Individuums ist, geht aus den Studien meist nicht hervor. Außerdem stellt sich die Frage, inwieweit neben dem Globalisierungsschock auch andere ökonomische Schocks zu ähnlichen Reaktionen führen können. Di Tella & Rodrik (2020) zeigen in Informations-Experimenten beispielsweise, dass Jobverluste, die durch schlechtes Management ausgelöst werden, die Unterstützung für bessere soziale Absicherung erhöhen. Im Gegensatz dazu führen Jobverluste aufgrund von Offshoring zu mehr Unterstützung für protektionistische Handelspolitik, aber nicht zugunsten besserer Absicherung. Insofern spielen

negative wirtschaftliche Auswirkungen, die der Globalisierung zuzuschreiben sind, am ehesten rechten und protektionistischen Parteien in die Karten.

Weitere Studien zeigen auch politische Auswirkungen durch die strukturelle Transformation, die auf den technologischen und digitalen Wandel oder die grüne Transformation zurückzuführen sind. Anelli et al. (2021) dokumentieren etwa einen Zusammenhang zwischen individueller Betroffenheit von Automatisierung und Unterstützung von rechtsradikalen (und in geringerem Umfang linksradikalen) Parteien für 13 westeuropäische Länder. Colantone et al. (2022) untersuchen die Auswirkungen eines Verbots von besonders umweltschädlichen Autos in Mailand. Davon betroffene Wähler unterstützten danach häufiger die rechtspopulistische Partei *Lega*. Wähler, die für das Verbot entschädigt wurden, änderten ihre Präferenzen hingegen nicht. Diese Studienergebnisse zeigen, dass die Auswirkungen und Verteilungseffekte der aktuellen strukturellen Transformationen in demokratischen Ländern substantielle Effekte auf das Wahlverhalten und die politische Stabilität haben können.

2.4 Wirtschafts- und Finanzkrisen

Die Geschichte zeigt, dass auch Wirtschafts- und Finanzkrisen regelmäßig auftreten und zu wirtschaftlicher Verunsicherung führen. Die politischen Effekte dieser Krisen wurden in der Fachliteratur daher auch intensiv untersucht. Funke et al. (2016) analysieren Finanzkrisen in 20 Industrienationen über die letzten 140 Jahre. Nach Finanzkrisen steigen die Stimmenanteile von rechtsextremen Parteien um durchschnittlich 30%. Linksextreme Parteien profitieren hingegen deutlich weniger von den Krisen. Die Autoren zeigen außerdem, dass diese starken politischen Reaktionen eine Besonderheit von Finanzkrisen sind. Wirtschaftskrisen, die nicht zu Verwerfungen im Finanzsektor führen, haben deutlich kleinere Effekte auf Stimmenzugewinne von radikalen Parteien. Mian et al. (2014) finden in ihrer Länderübergreifenden Studie mit Daten zwischen 1975 und 2010 ähnliche Ergebnisse. Finanzkrisen führen zu einer stärkeren politischen Polarisierung und einer Schwächung der Regierungen.

Die Literatur widmet sich auch insbesondere der Untersuchung der Auswirkungen der globalen Finanzkrise 2007/08. Algan et al. (2017) dokumentieren Zusammenhänge zwischen dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in europäischen Regionen und der Unterstützung für populistische Parteien. Sie zeigen auch, dass gleichzeitig das Vertrauen in nationale und europäische Institutionen in der Bevölkerung sinkt. Dehdari (2020) zeigt einen Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit während der Finanzkrise und Erfolgen rechtsextremer Parteien in Schweden. Im Gegensatz dazu finden Gidron & Mijs (2019) in den Niederlanden einen positiven Effekt auf linke Parteien, aber nicht auf rechte. Broz et al. (2021) argumentieren, dass die Finanzkrise im Zusammenspiel mit längerfristigen Prozessen wie Globalisierung und De-Industrialisierung zum Aufstieg der populistischen Parteien in den letzten Jahren geführt hat.

Eine Folge der globalen Finanzkrise der Jahre 2007/08 und der darauffolgenden Staatsschuldenkrise war in vielen Ländern die Notwendigkeit Austeritätsmaßnahmen umzusetzen und sich bei Ausgaben zurückzuhalten. Die Fachliteratur untersucht auch die Effekte dieser Maßnahmen auf politische Einstellungen. Fetzer (2019) untersucht beispielsweise die Effekte der britischen Austeritätsmaßnahmen ab 2010 auf den Aufstieg der UKIP und das Brexit Referendum. Die Maßnahmen in England konzentrierten sich auf Kürzungen im sozialen Sicherungssystem und im Bildungssystem. Individuen und Regionen die stärker von den Kürzungen betroffen waren, zeigten ab 2010 eine höhere Unterstützung für UKIP und eine stärker ablehnende Haltung gegenüber der EU. Fetzer (2019) schätzt in seinen Analysen außerdem, dass ohne Austeritätsmaßnahmen die Zustimmung zum Ausstieg aus der EU um 6 Prozentpunkte geringer gewesen wäre und damit die „Remain“-Option gewonnen hätte. Ähnlich finden sich auch in Schweden Auswirkungen von Sparzwängen im Staatshaushalt auf das Erstarken der extremen Rechten. Dal Bó et al. (2018) untersuchen Kürzungen im Sozialsystem in Schweden ab 2006 und deren Interaktion mit der Finanzkrise. Sie finden robuste Evidenz dafür, dass die geringere Absicherung durch das Sozialsystem zusammen mit den Effekten der Finanzkrise zu steigender Unterstützung für rechtsextreme Parteien, insbesondere der dortigen Schwedendemokraten, führte.

Auch andere einzelne historische Episoden wurden in der Literatur untersucht und Zusammenhänge zwischen Finanz- und Wirtschaftskrisen und dem Erstarken extremistischer Parteien aufgezeigt. De Bromhead et al. (2013) analysieren die Effekte ökonomischer Krisen in 28 Ländern in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Sie dokumentieren einen Zusammenhang zwischen den schlechten ökonomischen Entwicklungen und dem Erfolg extremer (insbesondere faschistischer) Parteien. Dieser Zusammenhang ist dabei besonders stark in Ländern, die vor dem Ersten Weltkrieg nicht demokratisch waren. Doerr et al. (2020) behandeln dieselbe Periode, fokussieren sich jedoch auf die Deutsche Bankenkrise von 1931 und den Aufstieg der NSDAP. Regionen, die stärker von den Auswirkungen der Bankenkrise betroffen waren, hatten einen stärkeren Anstieg an NSDAP-Stimmenanteilen. Galofré-Vilà et al. (2021) finden zudem einen robusten Zusammenhang zwischen den Austeritätsmaßnahmen 1930-1932 in Deutschland und steigenden Stimmenanteilen der NSDAP.

Ein anderer ökonomischer Schock war die Aufwertung des Schweizer Franken, die zu einer Verteuerung von Fremdwährungskrediten in vielen europäischen Ländern führte. Studien zeigen, dass die Betroffenheit von diesen Krediten die Unterstützung für rechte Parteien in Polen und Ungarn erhöhte (Ahlquist et al., 2020; Gyöngyösi & Verner, 2022).

2.5 Migration und wirtschaftliche Unsicherheit

Migrationspolitik ist eines der Kernthemen, das von rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien in ihrer Rhetorik adressiert wird. Mit ihren Anti-Immigrationsthesen zielen sie auf kulturelle, aber auch ökonomische Faktoren und Sorgen der Wähler ab, um etwa die fiskalischen

Kosten von Flüchtlingen oder Konflikte um Arbeitsplätze, Sozialtransfers oder Wohnungen hervorzuheben. In der theoretischen Diskussion ist es durchaus plausibel zu erklären, dass Immigration auch zu einer höheren Konkurrenz am Arbeitsmarkt und beim Zugang zu Sozialleistungen führen können und dies Auswirkungen auf die politischen Einstellungen und das Wahlverhalten der davon betroffenen Personengruppen führen kann (vgl., u.a. Abramitzky & Boustan, 2017; Dustmann et al., 2016). Wirtschaftliche Unsicherheit und die Angst vor dem eigenen Jobverlust oder sozialem Abstieg geht daher bei Personen oftmals mit Einwanderungskritischen Einstellungen oder einer Ablehnung von Migration einher und kann sogar rechtsextrem motivierte Gewalt beeinflussen (vgl. Becker et al., 2017; Guiso et al., 2019; Davis & Deole, 2016; Billiet et al., 2014, Falk et al., 2011; Facchini & Mayda, 2009; Mayda, 2006).

Vor diesem Hintergrund untersucht die ökonomische Literatur auch ob Immigration einen Anstieg von Wahlerfolgen populistischer und extremistischer Parteien erklären kann. Alesina & Tabellini (2022) fassen diese Literatur zusammen. Grundsätzlich findet ein Großteil der dort diskutierten Literatur positive Effekte von Immigration auf die Wahlergebnisse von populistischen, insbesondere nativistischen Parteien (z.B., Ajzenman et al., 2022; Dustmann et al., 2019; Halla et al., 2017). Die Effekte scheinen aber auch stark kontextabhängig zu sein. Die Größe des Migrationsflusses, die sozioökonomische Komposition und der kulturelle Hintergrund der Gruppe der Migranten und die Interaktionen zwischen den Gruppen, d.h. zwischen Aufnahmegesellschaft und Immigranten, beeinflussen die Effekte.

Steinmayr (2021) und Halla et al. (2017) untersuchen die Effekte von Immigration nach Österreich auf die Wahlergebnisse der rechtspopulistischen FPÖ. Halla et al. (2017) finden positive Effekte von bei Immigration von weniger gebildeten Migranten auf die Wahlergebnisse der FPÖ, aber keine Effekte bei der Immigration von Personen mit höherer Bildung. Steinmayr (2021) untersucht die Fluchtbewegungen 2015 und nutzt Variation auf Basis von leerstehenden Gebäuden, die sich zur Flüchtlingsunterbringung eignen. Er findet heterogene Effekte: Gemeinden durch die Flüchtlinge nur durchzogen, hatten höhere FPÖ-Wahlergebnisse, während Gemeinden in denen sich Geflüchtete längerfristig niederließen, niedrigere FPÖ-Wahlergebnisse erzielten. Dieses Ergebnis unterstützt die sogenannte Kontakthypothese, dass sich die Einstellung gegenüber Einwanderern positiv entwickelt, je mehr Interaktion untereinander stattfindet. Die beiden Studien aus Österreich zeigen, dass zum einen die sozioökonomischen Merkmale der Einwandernden eine Rolle spielen und zum anderen, dass die Häufigkeit der Interaktionen zwischen Einheimischen und Einwanderern die Einstellungen gegenüber Migration beeinflussen.

Auch in anderen europäischen Ländern finden sich ähnliche politische Effekte von Immigration. Ajzenman et al. (2022) finden für 18 europäische Länder, dass die Regionen, die stärker vom Durchzug von Flüchtlingen betroffen waren, danach negativere Einstellungen gegenüber Migranten und weniger Vertrauen in die politischen Institutionen haben. Moriconi et al. (2022) untersuchen 12 europäische Länder und finden, dass der Anteil höher gebildeter Migranten die

Unterstützung für nationalistische Parteien reduzieren, während die Immigration weniger gebildeter Personen den Wahlerfolg nationalistischer Parteien in den betroffenen Aufnahmeländern erhöhen. Dustmann et al. (2019) untersuchen die quasi-zufällige Verteilung von Flüchtlingen in Dänemark zwischen 1986 und 1998 und finden, dass ein Anstieg der Flüchtlingszahlen zu einem Anstieg der Wahlergebnisse rechter Parteien führte. Auch für Griechenland gibt es Studien, die eine zunehmende Unterstützung für rechtspopulistische Parteien aufgrund von steigenden Flüchtlingszahlen im Land zeigen (u.a., Dinas et al., 2019; Hangartner et al., 2019). In Frankreich finden Edo et al. (2019) in einer Untersuchung der Jahre 1988 bis 2017, dass die Immigration zu einem Anstieg der Unterstützung von Kandidaten der radikalen Rechten geführt hat. Der Effekt ist dabei insbesondere von gering gebildeten Einwanderern aus Nicht-Westeuropäischen Ländern getrieben. Kandidaten der radikalen Linken haben hingegen nicht profitiert, was die Autoren der Studie auf die reduzierte Unterstützung in der Wählerschaft für Umverteilungsmaßnahmen aufgrund der Immigration zurückführen. In einer anderen Studie in Frankreich finden Vertier et al. (2023) für das Land zwar insgesamt einen negativen Effekt der Flüchtlingsverteilung auf die Wahlergebnisse des rechtsextremen *Front National*, allerdings dreht sich das Vorzeichen hin zu einer Unterstützung der rechtsextremen Partei in den Regionen, in denen die Flüchtlingskonzentration besonders groß in Relation zur Einwohnerzahl sind. Dieses Ergebnis zeigt auch die wichtige Rolle der Größe des Migrationsflusses und die Auswirkungen der Konzentration von Immigranten. In den Studien für Österreich (Steinmayr, 2021) und Frankreich (Vertier et al., 2023) entspricht der Migrationsfluss insgesamt etwa 1-1,5 Flüchtlingen pro 100 Einwohnern in den betroffenen Gemeinden. Vertier et al. (2023) zeigen allerdings, dass sich das Vorzeichen der Effekte bei ca. 4 Flüchtlingen pro 100 Einwohnern hin zu einer Ablehnung der Migration umdreht. In Griechenland, in der Studien ebenfalls eine starke Ablehnung der Immigration feststellen konnten (u.a., Dinas et al., 2019; Hangartner et al., 2019), entsprach der Migrationsfluss 250 Flüchtlingen pro 100 Einwohner auf den besonders betroffenen Inseln.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Unterschied zwischen Wahrnehmung und Realität von Immigration. Alesina et al. (2022) führen eigene Befragungen in sechs Ländern durch (Frankreich, Deutschland, Italien, Schweden, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten). Sie finden, dass die Anzahl an Immigranten in allen Ländern stark überschätzt wird. Außerdem werden die Immigranten als häufiger muslimisch, arbeitslos und weniger gebildet eingeschätzt als sie es in Wirklichkeit sind. Diese verzerrte Wahrnehmung von Migration und insbesondere ihrer sozioökonomischen Zusammensetzung spielt der ablehnenden Migrationrhetorik von nationalistischen Parteien, die auf kulturelle Ablehnung, die wirtschaftliche Unsicherheit und Abstiegsangst der Wähler abzielt, in die Karten.

3 Erstarken radikaler Strömungen in Deutschland

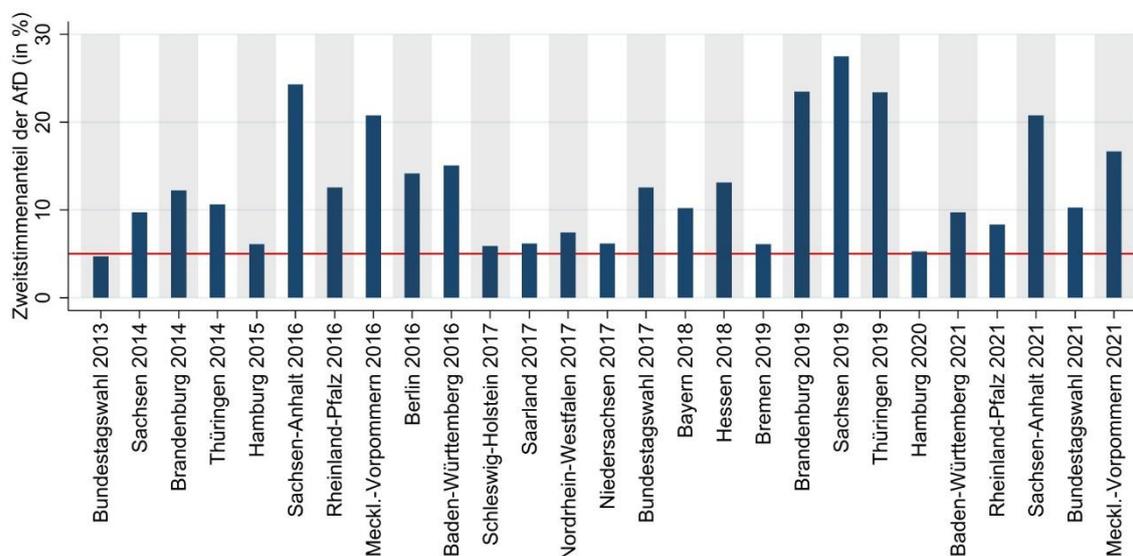
Seit dem Ende des Nationalsozialismus fristeten nationalistische Parteien in Deutschland im Wesentlichen ein Nischendasein. Die Prominentesten unter ihnen – die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Volksunion (DVU) sowie die Republikaner – schafften nie den Sprung in den Bundestag. Sie waren allerdings vereinzelt in den Parlamenten einzelner Bundesländer vertreten; seit 1989 schaffte es die NPD viermal, in ein Landesparlament einzuziehen (2006 und 2011 in Mecklenburg-Vorpommern sowie 2004 und 2009 in Sachsen), die DVU schaffte es seit 1987 regelmäßig in die Bremer Bürgerschaft sowie viermal in weitere Landesparlamente (1992 in Schleswig-Holstein, 1998 in Sachsen-Anhalt sowie 1999 und 2004 in Brandenburg), und die Republikaner dreimal (1989 in Berlin, 1992 und 1996 in Baden-Württemberg) und zudem 1989 ins Europäische Parlament. Insgesamt erreichten die Stimmanteile rechtsextremer und linksextremer Parteien nie zweistellige Stimmanteile.²

Dies änderte sich mit der Gründung der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) im Jahr 2013. Zwar trat die Partei zunächst mit einer EU-skeptischen und rechtsliberalen Agenda an; jedoch gewannen nationalistische und offen rechtsextreme Personen und Positionen in der Partei schnell die Oberhand. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass Teile der Partei von den Verfassungsschutzämtern einzelner Bundesländer unter Beobachtung gestellt und die Partei als Ganzes vom Bundesverfassungsschutz seit 2021 als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wurden.

Seit ihrer Gründung war die AfD sowohl bei den Bundestags- als auch bei zahlreichen Landtagswahlen erfolgreich. Abbildung 1 zeigt den Zweitstimmenanteil der AfD bei den Bundes- (schwarze Balken) und Landtagswahlen (graue Balken) zwischen 2013 und 2021. Die mit Abstand größten Wahlerfolge erzielte die Partei dabei in den neuen Bundesländern.

² Lediglich *Die Linke* (vormals PDS), die in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird, erreichte als Linksaußenpartei auf Bundes- und Landesebene regelmäßige Wahlerfolge.

Abbildung 1: Zweitstimmenanteil der AfD bei Bundes- und Landtagswahlen zwischen 2013 und 2021



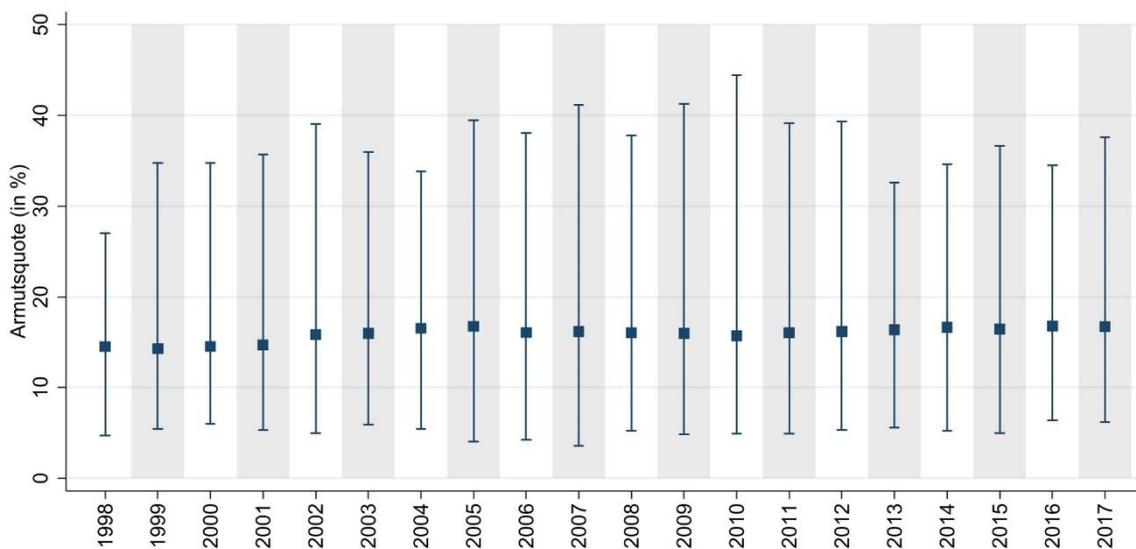
Anmerkungen: Die Abbildung zeigt den Zweitstimmenanteil der AfD bei Bundestagswahlen (schwarze Balken) und Landtagswahlen (graue Balken) im Zeitraum von 2013 bis 2021. Die horizontale rote Linie markiert die 5%-Hürde. Quelle: Hayo und Neumeier (2020).

Dorn et al. (2020) untersuchen empirisch, welchen Beitrag ökonomische Faktoren in Bezug auf die Wahlergebnisse radikaler Parteien in Deutschland im Allgemeinen sowie der AfD im Besonderen leisten. In ihrer Studie analysieren die Autoren den Zusammenhang zwischen dem Zweitstimmenanteil rechts- und linksradikaler Parteien bei den Bundestagswahlen zwischen 1998 und 2017 und verschiedenen Indikatoren für ökonomische Deprivation auf Ebene der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte. Als Indikatoren für ökonomische Deprivation nutzen die Autor*innen unter anderem die sog. Armutsquote, also den Anteil der Haushalte in einem Kreis bzw. einer kreisfreien Stadt, deren Nettoeinkommen unterhalb der nationalen Armutsschwelle liegt, sowie die Armutslücke, also die durchschnittliche Diskrepanz zwischen dem Haushaltsnettoeinkommen derjenigen, deren Einkommen unterhalb der nationalen Armutsschwelle liegt, und der Armutsschwelle.³ Abbildung 2 zeigt, wie sich die regionale Armutsquote Deutschland zwischen 1998 und 2017 entwickelte. Die Quadrate zeigen die durchschnittliche Armutsquote über sämtliche Landkreise und kreisfreien Städte hinweg im jeweiligen Jahr. Die Linien markieren den Abstand zwischen der größten und der kleinsten in einem Landkreis bzw. einer kreisfreien Stadt gemessenen Armutsquote. Die Abbildung verdeutlicht, dass die regionalen Unterschiede in der Armutsquote sehr groß sind, die Armutsquote im Zeitablauf dagegen nur wenig variiert. Während

³ Die Armutsschwelle liegt dabei bei 60% des mittleren Haushaltsnettoeinkommens in Deutschland. Ein Haushalt gilt demnach als arm, wenn sein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsschwelle liegt.

die höchste in einem Landkreis bzw. einer kreisfreien Stadt gemessene Armutsquote bei über 40% liegt, beträgt die kleinste Armutsquote gerade einmal rund 5%. Anders ausgedrückt: Während es Landkreise bzw. kreisfreie Städte gibt, in denen mehr als 40% der Haushalte von Armut betroffen sind, gibt es auf der anderen Seite auch solche Landkreise bzw. kreisfreien Städte, in denen gerade einmal 5% der Haushalte von Armut betroffen sind. Im Durchschnitt liegt die regionale Armutsquote über den hier betrachteten Zeitraum bei etwa 16%.

Abbildung 2: Entwicklung der Armutsquote in den deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Armutsquote in den deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten zwischen 1998 und 2017. Die Quadrate zeigen die durchschnittliche Armutsquote über sämtliche Landkreise und kreisfreien Städte hinweg, die Linien den Abstand zwischen dem Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt mit der höchsten Armutsquote und dem Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt mit der geringsten Armutsquote. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Mikrozensus.

Durch Anwendung geeigneter statistischer Methoden stellen die Autoren dabei sicher, dass der identifizierte Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil radikaler Parteien und ökonomischer Deprivation eine kausale Interpretation hat. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen das Ausmaß an ökonomischer Deprivation hoch ist und über die Zeit zunimmt, tendenziell auch der Stimmenanteil für nationalistische Parteien höher ausfällt. Linksradikale Parteien können bundesweit hingegen keine relevanten Zugewinne verzeichnen.⁴ Nationalistische Parteien konnten vor allem in den Regionen hinzugewinnen, deren Anteil an abgehängten Haushalten in Relation zur nationalen Einkommensentwicklung stieg.

⁴ Allerdings profitiert Die Linke in westdeutschen Regionen, die im Vergleich zur nationalen Entwicklung abgehängt werden.

Nimmt der Anteil an Haushalten in einem Landkreis bzw. einer kreisfreien Stadt, die ein Einkommen unterhalb der nationalen Armutsschwelle haben, um einen Prozentpunkt zu, so steigt der Stimmenanteil nationalistischer Parteien im Schnitt um einen halben Prozentpunkt. Nimmt die Armutslücke in der Region um einen Prozentpunkt zu, so steigt der Stimmenanteil nationalistischer Parteien im Schnitt sogar um 1,2 Prozentpunkte. Die Autoren untersuchen ebenfalls, welche Folgen ökonomische Deprivation für den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl im Jahr 2017 hatte. Während die AfD im Jahr 2013 den Einzug in den Bundestag noch knapp verpasste, erreichte sie bei der Bundestagswahl 2017 einen Zweitstimmenanteil von 12,6%. Die Ergebnisse von Dorn et al. (2020) legen nahe, dass in Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen die Armutslücke um einen Prozentpunkt höher war, der Stimmenanteil der AfD um fast fünf Prozentpunkte höher ausfiel. Insgesamt zeigt die Analyse, dass ökonomische Faktoren einen erheblichen Anteil des Zugewinns der AfD bei den Bundestagswahlen erklären kann. In einer Erweiterung zeigen Dorn et al. (2023) zudem, dass in den Regionen, die einen zunehmenden Anteil abgehängter Haushalte haben, radikale Parteien und insbesondere die AfD bei allen Einkommensgruppen hinzugewonnen haben. Für Wähler scheint es daher auch unabhängig von der eigenen wirtschaftlichen Situation von Bedeutung zu sein, wie sie die Entwicklung ihrer Region und ihres unmittelbaren wirtschaftlichen Umfelds wahrnehmen. In den betroffenen Regionen nahm zudem die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Vertrauen in das politische System und die etablierten Parteien über alle Einkommensgruppen hinweg ab, was den Nährboden für populistische Thesen und radikale Parteien ebnete.

Wie lassen sich die Ergebnisse zum Wahlerfolg der AfD in Deutschland interpretieren? Der Aufstieg der AfD ist zweifelsohne auf die Folgen der Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 zurückzuführen, in deren Rahmen mehr als 1,2 Millionen Menschen in Deutschland Asyl beantragten. Die AfD profitierte dabei von Zweifeln an der Flüchtlingspolitik der damaligen Bundesregierung und versuchte, durch asyl- und islamfeindliche Positionen an Zuspruch zu gewinnen. Die AfD betonte dabei mit populistischen Stilmitteln den Antagonismus zu den etablierten demokratischen Parteien zu betonen und als „wahrer“ Vertreter des Volkes deren Meinungen gegen die politische Elite zu vertreten. In der Rhetorik werden dabei kulturelle Faktoren mit wirtschaftlichen Sorgen und fiskalischen Kosten vermengt. Vor diesem Hintergrund liegt der Schluss nahe, dass die Botschaften der AfD besonders in jenen Regionen verfangen sind bzw. die Skepsis gegenüber der Flüchtlingspolitik der damaligen Regierung besonders in jenen Regionen groß war, die wirtschaftlich abgehängt sind und das Vertrauen in die etablierten Parteien der Demokratie gering sind, dass diese die Probleme des Landes lösen werden.

4 Diskussion und Schlussfolgerungen

Radikale Parteien und Populisten konnten in den vergangenen Jahren zunehmend Wahlerfolge feiern. Diese Entwicklungen stellen eine Gefahr dar für die Stabilität westlicher Demokratien und politischer Institutionen. Wie kann und sollte eine wehrhafte Demokratie diesen Entwicklungen begegnen? Die Schlussfolgerungen dazu müssen auf einem fundierten Verständnis der Faktoren basieren, die den Erfolg radikaler Parteien und Bewegungen sowie die Zustimmung zu populistischen Thesen in der Bevölkerung begründen.

In der Fachliteratur werden viele Faktoren diskutiert, die diese Entwicklung begünstigen und beschleunigen. Dazu zählen beispielsweise kulturelle Faktoren wie ein progressiver Wertewandel und die Immigration aus anderen Kulturkreisen, die in Teilen der Bevölkerung Gegenreaktionen hervorrufen und zu einer Ablehnung progressiver Werte, von Migration und Globalisierung sowie der politischen Institutionen und etablierter Parteien führen kann. Auch hohe Veränderungsgeschwindigkeiten mit digitalem Wandel, Individualisierung und dem Verlust des demokratischen Raums können die Empfangsbereitschaft für populistische und radikale Ansichten erhöhen. Dieser Beitrag fasste zusammen, inwieweit auch ökonomische Ursachen zu dieser Entwicklung beitragen. Dazu wurde die internationale Fachliteratur zusammengefasst und diskutiert, welche Rolle ökonomische Entwicklungen und Rahmenbedingungen für das Aufkommen autoritärer Strömungen und der demokratischen Vertrauenskrise hat.

Welche Lehren lassen sich aus den empirischen Ergebnissen zum Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf den Erfolg von radikalen und populistischen Parteien ziehen? Grundsätzlich zeigt die Literatur, dass ökonomische Entwicklungen den Erfolg populistischer Parteien stark beeinflussen können. Je größer die Kluft zwischen Arm und Reich, je stärker Regionen im nationalen Vergleich abgehängt werden und geringe Perspektiven haben, und je größer die wirtschaftlichen Sorgen und Zukunftsängste, desto größer ist auch der Nährboden für populistische Strömungen und ihren demokratiekritischen Botschaften. Die Studien zeigen, dass die eigene wirtschaftliche Situation, Abstiegsängste und die Unsicherheit vor Einkommens- oder Arbeitsplatzverlust, aber vor allem auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung die politischen Präferenzen und das Wahlverhalten beeinflussen. Insbesondere Wirtschafts- und Finanzkrisen, Sorge vor Arbeitsplatzverlusten und geringeren Sozialtransfers durch globalen Wettbewerb sowie hohen Migrationsströmen können die wirtschaftliche Unsicherheit bei betroffenen Gruppen erhöhen. Beispielsweise zeigen Studien, dass neben anderen Faktoren auch sozioökonomische Merkmale der Migranten eine Rolle bei den Auswirkungen von Migration auf politische Wahlabsichten haben. Der Zustrom weniger gebildeter Immigranten und von Flüchtlingen fördert den Erfolg radikaler Parteien, was auch durch eine damit gestiegene wirtschaftliche Unsicherheit und befürchtete Konkurrenz um einfache Jobs, sozialstaatliche Leistungen und Wohnmöglichkeiten bei betroffenen Gruppen der Aufnahmegesellschaft erklärt werden kann. Radikale Parteien scheinen bewusst auf diese Ängste und Sorgen mit ihrer Anti-Migrationsrhetorik abzielen und dabei vor allem in wirtschaftlich schwächeren Regionen auf einen Nährboden zu stoßen.

Ein Verlust an Vertrauen in die Demokratie und die etablierten politischen Institutionen und Parteien, die wirtschaftlichen Probleme lösen zu können, wirkt sich dabei in den Regionen besonders stark aus, die von wirtschaftlichen Schocks, starkem globalen Importwettbewerb und strukturellem Wandel wirtschaftlich im Vergleich zu anderen stärker getroffen werden. In Deutschland stiegen beispielsweise in wirtschaftlich stärker abgehängten Regionen im Vergleich zur nationalen Entwicklung die Wahlpräferenzen für radikale Parteien in allen Einkommensgruppen an. Dies kann auch erklären, warum die AfD gerade in strukturschwachen Regionen Deutschlands stärker hinzugewinnen kann, sich gleichzeitig aber die sozioökonomischen Merkmale ihrer Wählerschaft nicht besonders stark von denen anderer etablierter Parteien unterscheiden. Insgesamt scheinen folglich nicht nur die eigene tatsächliche Einkommensentwicklung, sondern auch die relative Entwicklung im Vergleich zu anderen Haushalten und Regionen sowie die subjektive Wahrnehmung dieser Entwicklung bei der Bildung politischer Präferenzen entscheidend.

Welche politischen Schlussfolgerungen lassen sich aus den empirischen Ergebnissen zu den wirtschaftlichen Ursachen für den Erfolg des Populismus und radikaler Parteien in westlichen Demokratien ziehen? Um dem Erstarken populistischer und demokratiegefährdender Bewegungen entgegenzutreten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken, ist es wichtig, dass der Staat versucht gegenüber wirtschaftlichen Schocks resilienter zu werden, für einen hinreichenden sozialen Ausgleich sorgt und in allen Regionen Chancen und Zukunftsperspektiven bietet. Die Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft können hierbei den geeigneten Rahmen bieten, um den neuen Herausforderungen auch in wirtschaftlich schweren Zeiten zu begegnen. Insbesondere zur Abfederung der Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen ist es wichtig, dass der Staat mit (automatisierten) sozialen Ausgleichsmechanismen aktiv die negativen Folgen für die Einkommen der Betroffenen abfedern kann. Wie gut die Einkommen abgesichert und aufgefangen werden, unterscheidet sich teils stark zwischen westlichen Demokratien und der Ausgestaltung ihrer Wohlfahrtsstaaten (vgl., Eichhorst et al., 2023). Durch die Versicherungsfunktion des Sozialstaats und der Arbeitsmarktinstitutionen kann wirtschaftliche Unsicherheit reduziert und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie und ihren Institutionen gestärkt werden.

Eine besondere Bedeutung scheint zudem eine effektive Struktur- und Wirtschaftspolitik für Regionen zu haben, die strukturschwach sind oder stark von ökonomischen Schocks getroffen werden. Die Studienlage zeigt, dass sich in abgehängten Regionen ohne spürbare Verbesserungen und glaubhafte Zukunftsaussichten ein besonders starker Nährboden für radikale Ansichten entwickeln kann. Umso wichtiger scheint es, von strukturellem und digitalem Wandel betroffene Menschen und Regionen von Anfang an aktiv mitzunehmen und mit wirksamen Maßnahmen in ihrer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und Transformation zu unterstützen. Entscheidend hierfür ist es nicht nur die Wirtschaft und die Regionen resilienter gegenüber wirtschaftlichen Schocks zu machen, sondern auch die Resilienz der Menschen selbst gegenüber sich schnell veränderten Rahmenbedingungen zu verbessern. Neben einem Einkommensabsichernden

Sozialsystem und Arbeitsmarktinstitutionen kommt dabei insbesondere dem Bildungs- und Ausbildungssystem eine entscheidende Rolle zu, damit betroffene Personengruppen sich leichter an veränderte Rahmenbedingungen und strukturelle wirtschaftliche Umbrüche anpassen können.

Es sind nicht nur wirtschaftliche Gründe, die demokratiegefährdende Entwicklungen erklären, aber die Auswertung der Studienlage zeigt, dass diese eine signifikante und relevante Rolle spielen. Einige der untersuchten Studien nutzen moderne empirische Methoden, die eine kausale Identifikation ökonomischer Effekte auf den Wahlerfolg von radikalen Parteien und einen Vertrauensverlust in die Demokratie und ihrer Institutionen erlauben (u.a., Voorheis et al.; 2015; Algan et al.; 2017; Winkler, 2019; Dorn et al., 2020). Nichtsdestotrotz zeigt die Größe der ökonomischen Effekte in diesen Studien, dass wirtschaftliche Faktoren allein die Entwicklung nicht erklären können. In der Fachliteratur wird dabei auch diskutiert, wie das Verhältnis zwischen kulturellen und ökonomischen Faktoren ist. Beide Faktoren werden insbesondere von (rechts-)populistischen Parteien in ihrer Rhetorik und Programmatik adressiert und miteinander verknüpft. Tatsächlich scheint insbesondere die Interaktion beider Faktoren den Erfolg radikaler Parteien und (rechts-)populistischer Politiker weiter zu verstärken oder gegenseitig zu bedingen (u.a., Inglehart & Norris, 2017; Margalit, 2019). So können beispielsweise Unzufriedenheiten mit dem sozialen und kulturellen Wandel auch die wirtschaftliche Unzufriedenheit verstärken (Margalit, 2019). Umgekehrt können auch ökonomische Faktoren die kulturellen Einstellungen beeinflussen. Colantone & Stanig (2018b) zeigen, dass ökonomischen Schocks auch kulturelle Einstellungen zu Migration, zur Demokratie oder zu starken Anführern beeinflussen. Die kritische Haltung gegenüber Globalisierung und Migration lassen sich wiederum auf wirtschaftliche und kulturelle Faktoren zurückführen (u.a., Rodrik 2021; Margalit, 2019). Ferrara (2022) findet wiederum in einer Studie, dass der wirtschaftliche Schock durch die Globalisierung in den USA negative Einstellungen gegenüber Minderheiten und Migration verstärkt hat, während Autor et al. (2020) den negativen Effekt von Globalisierung in den USA nur in Regionen mit einer mehrheitlich weißen Bevölkerung feststellt, die sich wiederum verstärkt vom Wertewandel und von Abstiegsängsten bedroht sieht. Es bleibt dabei festzuhalten, dass es nicht die eine Erklärung für den Erfolg von Populismus und demokratiegefährdender Strömungen gibt, insbesondere aber deren Wechselwirkungen weiter untersucht und adressiert werden müssen.

Literaturverzeichnis

- Abramitzky, R., & Boustan, L. (2017). Immigration in American Economic History. *Journal of Economic Literature*, 55(4), 1311–1345.
- Aggeborn, L., & Persson, L. (2017). Public finance and right-wing populism.
- Ahlquist, J., Copelovitch, M., & Walter, S. (2020). The Political Consequences of External Economic Shocks: Evidence from Poland. *American Journal of Political Science*, 64(4), 904–920. <https://doi.org/10.1111/ajps.12503>
- Ajzenman, N., Aksoy, C. G., & Guriev, S. (2022). Exposure to transit migration: Public attitudes and entrepreneurship. *Journal of Development Economics*, 158.
- Alabrese, E., Becker, S. O., Fetzer, T., & Novy, D. (2019). Who voted for Brexit? Individual and regional data combined. *European Journal of Political Economy*, 56(March 2018), 132–150. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2018.08.002>
- Alesina, A., & La Ferrara, E. (2005). Preferences for redistribution in the land of opportunities. *Journal of Public Economics*, 89(5–6), 897–931. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2004.05.009>
- Alesina, A., & Tabellini, M. (2022). The Political Effects of Immigration: Culture or Economics? *SSRN Electronic Journal*, May. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4122808>
- Algan, Y., Guriev, S., Papaioannou, E., & Passari, E. (2017). The European Trust Crisis and the Rise of Populism. *Brookings Papers on Economic Activity*, Fall, 309–382. <https://doi.org/10.1017/CBO9781107415324.004>
- Anelli, M., Colantone, I., & Stanig, P. (2021). Individual vulnerability to industrial robot adoption increases support for the radical right. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 118(47), 1–8. <https://doi.org/10.1073/pnas.2111611118>
- Antràs, P., De Gortari, A., & Itskhoki, O. (2017). Globalization, inequality and welfare. *Journal of International Economics*, 108, 387–412.
- Autor, D., Dorn, D., & Hanson, G. H. (2013). The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States. *American Economic Review*, 103(6), 2121–2168. <https://doi.org/10.1257/aer.103.6.2121>
- Autor, D., Dorn, D., Hanson, G., & Majlesi, K. (2020). Importing Political Polarization? The Electoral Consequences of Rising Trade Exposure (forthcoming). *American Economic Review*, 110(10), 3139–3183.
- Barone, G., & Kreuter, H. (2021). Low-wage import competition and populist backlash: The case of Italy. *European Journal of Political Economy*, 67, 101970. <https://doi.org/10.1016/J.EJPOLECO.2020.101970>

- Becker, S. O., Fetzer, T., & Novy, D. (2017). Who voted for Brexit? A comprehensive district-level analysis. *Economic Policy*, 32(92), 601–651. <https://academic.oup.com/economicpolicy/article/32/92/601/4459491>
- Bergmann, K., Diermeier, M., & Niehues, J. (2017). Die AfD: Eine Partei der sich ausgelieferten fühlenden Durchschnittsverdiener? *Zeitschrift Für Parlamentsfragen*, 48(1), 57–75. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2017-1-57>
- Billiet, J., Meuleman, B., & De Witte, H. (2014). The relationship between ethnic threat and economic insecurity in times of economic crisis: Analysis of the European Social Survey data. *Migration Studies* 2(2), 135-161.
- Bonikowski, B., Halikiopoulou, D., Kaufmann, E., & Rooduijn, M. (2019). Populism and nationalism in a comparative perspective: a scholarly exchange. *Nations and Nationalism*, 25(1), 58–81. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/nana.12480>
- Broz, J. L., Frieden, J., & Weymouth, S. (2021). Populism in Place: The Economic Geography of the Globalization Backlash. *International Organization*, 75(2), 464–494. <https://doi.org/10.1017/S0020818320000314>
- Caselli, M., Fracasso, A., & Traverso, S. (2020). Globalization and electoral outcomes: Evidence from Italy. *Economics and Politics*, 32(1), 68–103. <https://doi.org/10.1111/ecpo.12147>
- Colantone, I., Lonardo, L. Di, Margalit, Y., & Percoco, M. (2022). *The Political Consequences of Green Policies : Evidence from Italy*.
- Colantone, I., & Stanig, P. (2018a). Global Competition and Brexit. *American Political Science Review*, 112(2), 201–218. <https://doi.org/DOI: 10.1017/S0003055417000685>
- Colantone, I., & Stanig, P. (2018b). The Economic Determinants of the “Cultural Backlash”: Globalization and Attitudes in Western Europe. *SSRN Electronic Journal*, October. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3267139>
- Colantone, I., & Stanig, P. (2018c). The Trade Origins of Economic Nationalism: Import Competition and Voting Behavior in Western Europe. *American Journal of Political Science*, 62(4), 936–953. <https://doi.org/10.1111/ajps.12358>
- Dal Bó, E., Finan, F., Folke, O., Persson, T., & Rickne, J. (2018). Economic Losers and Political Winners: Sweden’s Radical Right. *Working Paper*, August, 1–26. <https://t.co/Uly1EgNdle>
- Davis, L., & Deole, S. (2016). “Immigration, attitudes and the rise of the political right: the role of cultural and economic concerns over immigration.” *CESifo Working Paper* 5680.
- Dehdari, S. (2020). Economic Distress and Support for Far-Right Parties - Evidence from Sweden. *DIAL Working Paper*, 15. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3160480>
- De Bromhead, A., Eichengreen, B., & O'Rourke, K. H. (2013). Political extremism in the 1920s and 1930s: Do German lessons generalize?. *The Journal of Economic History*, 73(2), 371-406.

- Di Tella, R., & Rodrik, D. (2020). Labour market shocks and the demand for trade protection: Evidence from online surveys. *Economic Journal*, 130(628), 1008–1030. <https://doi.org/10.1093/ej/ueaa006>
- Dijkstra, L., Poelman, H., & Rodríguez-Pose, A. (2020). The geography of EU discontent. *Regional Studies*, 54(6), 737–753. <https://doi.org/10.1080/00343404.2019.1654603>
- Dinas, E., Matakos, K., Xefteris, D., & Hangartner, D. (2019). Waking Up the Golden Dawn: Does Exposure to the Refugee Crisis Increase Support for Extreme-Right Parties? *Political Analysis*, 27(2), 244–254. <https://doi.org/10.1017/pan.2018.48>
- Dippel, C., Gold, R., Heblich, S., & Pinto, R. (2022). The Effect of Trade on Workers and Voters. *Economic Journal*, 132(641), 199–217.
- Doerr, S., Gissler, S., Peydro, J. L., & Voth, H. J. (2020). From finance to fascism: The real effect of Germany's 1931 banking crisis.
- Dorn, F., Fuest, C., Immel, L., & Neumeier, F. (2020). Economic Deprivation and Radical Voting: Evidence from Germany. *Ifo Working Paper*, 336.
- Dorn, F., Fuest, C., Gstrein, D., Immel, L., & Neumeier, F. (2023). Economic Deprivation and Radical Voting: Evidence from Germany. *Working Paper, im Erscheinen*.
- Duca, J. V., & Saving, J. L. (2016). Income Inequality and Political Polarization: Time Series Evidence Over Nine Decades. *Review of Income and Wealth*, 62(3), 445–466. <https://doi.org/10.1111/roiw.12162>
- Dustmann, C., Eichengreen, B., Otten, S., Sapir, A., Tabellini, G., & Zoega, G. (2017). *Europe's Trust Deficit Causes and Remedies*.
- Dustmann, C., Schonberg, U., & Stuhler, J. (2016). The impact of immigration: Why do studies reach such different results? *Journal of Economic Perspectives*, 30(4), 31–56. <https://doi.org/10.1257/jep.30.4.31>
- Dustmann, C., Vasiljeva, K., & Piil Damm, A. (2019). Refugee Migration and Electoral Outcomes. *Review of Economic Studies*, 86(5), 2035–2091. <https://doi.org/10.1093/restud/rdy047>
- Edo, A., Giesing, Y., Öztunc, J., & Poutvaara, P. (2019). Immigration and electoral support for the far-left and the far-right. *European Economic Review*, 115, 99–143.
- Engler, S., & Weisstanner, D. (2020). The threat of social decline: income inequality and radical right support. *Journal of European Public Policy*, September. <https://doi.org/10.1080/13501763.2020.1733636>
- Facchini, G., & Mayda, A. (2009). Individual attitudes towards immigration: welfare-state determinants across countries. *Review of Economics and Statistics* 91, 295–314.
- Falk, A., Kuhn, A., & Zweimüller, J. (2011). Unemployment and right-wing extremist crime. *Scandinavian Journal of Economics* 113, 260–285.

- Ferrara, F. M. (2022). Why does import competition favor republicans? Localized trade shocks and cultural backlash in the US. *Review of International Political Economy*, 0(0), 1–24. <https://doi.org/10.1080/09692290.2021.1980898>
- Fetzer, T. (2019). Did austerity cause brexit? *American Economic Review*, 109(11), 3849–3886. <https://doi.org/10.1257/aer.20181164>
- Fetzer, T., Sen, S., & Souza, P. C. (2019). *Housing insecurity, homelessness and populism: Evidence from the UK Housing insecurity, homelessness and populism: Evidence from the UK **. <https://evictionlab.org/national-estimates/>
- Foster, C., & Frieden, J. (2017). Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government. *European Union Politics*, 18(4), 511–535. <https://doi.org/10.1177/1465116517723499>
- Funke, M., Schularick, M., & Trebesch, C. (2016). Going to extremes: Politics after financial crises, 1870–2014. *European Economic Review*, 88(2011), 227–260. <https://doi.org/10.1016/j.euroecorev.2016.03.006>
- Galofré-Vilà, G., Meissner, C. M., McKee, M., & Stuckler, D. (2021). Austerity and the Rise of the Nazi Party. *Journal of Economic History*, 81(1), 81–113. <https://doi.org/10.1017/S0022050720000601>
- Garand, J. C. (2010). Income inequality, party polarization, and roll-call voting in the U.S. Senate. *Journal of Politics*, 72(4), 1109–1128. <https://doi.org/10.1017/S0022381610000563>
- Gethin, A., Martinez-Toledano, C., & Piketty, T. (2022). Brahmin Left Versus Merchant Right: Changing Political Cleavages in 21 Western Democracies, 1948–2020. *The Quarterly Journal of Economics*, 137(Febuary), 1–48. <https://doi.org/10.1093/qje/qjs020>. Advance
- Gidron, N., & Mijs, J. J. B. (2019). Do Changes in Material Circumstances Drive Support for Populist Radical Parties? Panel Data Evidence from the Netherlands during the Great Recession, 2007–2015. *European Sociological Review*, 35(5), 637–650. <https://doi.org/10.1093/esr/jcz023>
- Guiso, L., Herrera, H., Morelli, M., & Sonno, T. (2019). Economic Insecurity and the Demand of Populism in Europe. *Working Paper*, 1–51.
- Guriev, S., & Papaioannou, E. (2022). The Political Economy of Populism. *Journal of Economic Literature*, 60(3), 753–832. <https://doi.org/https://doi.org/10.1257/jel.20201595>
- Gyöngyösi, G., & Verner, E. (2022). Financial Crisis, Creditor-Debtor Conflict, and Populism. *Journal of Finance*, 77(4), 2471–2523. <https://doi.org/10.1111/jofi.13138>
- Halla, M., Wagner, A. F., & Zweimüller, J. (2017). Immigration and voting for the far right. *Journal of the European Economic Association*, 15(6), 1341–1385. <https://doi.org/10.1093/jeea/jvx003>

- Hangartner, D., Dinas, E., Marbach, M., Matakos, K., & Xefteris, D. (2019). Does exposure to the refugee crisis make natives more hostile? *American Political Science Review*, 113(2), 442–455. <https://doi.org/10.1017/S0003055418000813>
- Hansen, M. A., & Olsen, J. (2019). Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election. *German Politics*, 28(1), 1–19. <https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1509312>
- Hayo, B., & Neumeier, F. (2020). Between Fear Mongers and Samaritans: Does Information Provision Affect Attitudes towards the Right of Asylum in Germany? *MAGKS Discussion Paper* No. 31-2020.
- Healy, A., & Malhotra, N. (2013). Retrospective voting reconsidered. *Annual Review of Political Science*, 16, 285–306. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-032211-212920>
- Inglehart, R., & Norris, P. (2017). Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse. *Perspectives on Politics*, 15(2), 443–454. <https://doi.org/10.1017/S1537592717000111>
- Jagers, J., & Walgrave, S. (2007). Populism as political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium. *European Journal of Political Research*, 46(3), 319–345.
- Jesse, E., & Panreck, I.-C. (2017). Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung - das Beispiel der AfD. *Zeitschrift für Politik*, 64(1), 59–76.
- Kuziemko, I., Norton, M. I., Saez, E., & Stantcheva, S. (2015). How elastic are preferences for redistribution? Evidence from randomized survey experiments. *American Economic Review*, 105(4), 1478–1508. <https://doi.org/10.1257/aer.20130360>
- Lechler, M. (2019). Employment shocks and anti-EU sentiment. *European Journal of Political Economy*, 59(April), 266–295. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2019.03.005>
- Lewis-Beck, M. S., & Stegmaier, M. (2000). Economic Determinants of Electoral Outcomes. *Annual Review of Political Science*, 3, 183–219.
- Lux, T. (2018). Die Afd und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *KZfSS Kölner Zeitschrift Für Soziologie Und Sozialpsychologie*, 70, 255–273.
- Malgouyres, C. (2017). Trade Shocks and Far-Right Voting: Evidence from French Presidential Elections. *EUI Working Papers*, 21.
- Margalit, Y. (2013). Explaining social policy preferences: Evidence from the great recession. *American Political Science Review*, 107(1), 80–103. <https://doi.org/10.1017/S0003055412000603>
- Margalit, Y. (2019). Economic insecurity and the causes of populism, reconsidered. *Journal of*

- Economic Perspectives*, 33(4), 152–170. <https://doi.org/10.1257/jep.33.4.152>
- Mayda, A. (2006). Who is against immigration? A cross-country investigation of individual attitudes toward immigrants. *Review of Economics and Statistics*, 88(3), 510-530.
- Meltzer, A. H., & Richard, S. F. (1981). A rational theory of the size of government. *Journal of political Economy*, 89(5), 914-927.
- Mian, A., Sufi, A., & Trebbi, F. (2014). Resolving debt overhang: Political constraints in the aftermath of financial crises. *American Economic Journal: Macroeconomics*, 6(2), 1–28. <https://doi.org/10.1257/mac.6.2.1>
- Moffitt, B. (2016). *The global rise of populism: Performance, political style, and representation*. Stanford University Press.
- Moriconi, S., Peri, G., & Turati, R. (2022). Skill of the immigrants and vote of the natives: Immigration and nationalism in European elections 2007–2016. *European Economic Review*, 141(December 2021). <https://doi.org/10.1016/j.euroecorev.2021.103986>
- Mudde, C. (2004). The populist zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), 542–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Mudde, C. (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press. [https://doi.org/DOI: 10.1017/CBO9780511492037](https://doi.org/DOI:10.1017/CBO9780511492037)
- Mudde, C., & Rovira Kaltwasser, C. (2017). *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/actrade/9780190234874.001.0001>
- Müller, J.-W. (2016). *What Is Populism?* University of Pennsylvania Press. <https://doi.org/doi:10.9783/9780812293784>
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge University Press. [https://doi.org/DOI: 10.1017/9781108595841](https://doi.org/DOI:10.1017/9781108595841)
- O’Grady, T. (2019). How do Economic Circumstances Determine Preferences? Evidence from Long-run Panel Data. *British Journal of Political Science*, 49(4), 1381–1406. <https://doi.org/10.1017/S0007123417000242>
- Poole, K. T., McCarty, N., & ROSENTHAL, H. (2016). *Polarized America: The Dance of Ideology and Unequal Riches*. MIT Press.
- Rodrik, D. (2021). Why does globalization fuel populism? Economics, culture, and the rise of right-wing populism. *Annual Review of Economics*, 13, 133-170. <https://doi.org/10.1146/annurev-economics-070220-032416>
- Romer, T. (1975). Individual welfare, majority voting, and the properties of a linear income tax. *Journal of Public Economics*, 4(2), 163-185.
- Roth, C., & Wohlfart, J. (2018). Experienced inequality and preferences for redistribution. *Journal*

- of Public Economics*, 167, 251–262. <https://doi.org/10.1016/j.jpube.2018.09.012>
- Ruzza, C. (2018). Populism, migration, and xenophobia in Europe. In *Routledge handbook of global populism*, 201-216. Routledge.
- Rydgren, J. (2007). The sociology of the radical right. *Annual Review of Sociology*, 33, 241–262.
- Schröder, M. (2018). AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. *SOEPpapers*, 975. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf
- Sinn, H.-W. (2003). *The new systems competition*. Oxford: Blackwell.
- Stegmaier, M., & Lewis-Beck, M. S. (2013). The VP-function revisited : a survey of the literature on vote and popularity functions after over 40 years. *Public Choice*, 157(3), 367–385. <https://doi.org/10.1007/s1>
- Steinmayr, A. (2021). Contact versus Exposure: Refugee Presence and Voting for the Far Right. *The Review of Economics and Statistics*, 103(2), 310–327. https://doi.org/10.1162/rest_a_00922
- Vertier, P., Viskanic, M., & Gamalerio, M. (2023). Dismantling the “Jungle”: migrant relocation and extreme voting in France. *Political Science Research and Methods*, 11(1), 129–143. <https://doi.org/10.1017/psrm.2022.26>
- Voorheis, J., McCarty, N., & Shor, B. (2015). Unequal Incomes, Ideology and Gridlock: How Rising Inequality Increases Political Polarization. *Working Paper*, 1–55. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2649215>
- Winkler, H. (2019). The effect of income inequality on political polarization: Evidence from European regions, 2002–2014. *Economics and Politics*, 31(2), 137–162. <https://doi.org/10.1111/ecpo.12129>